



„Der britische EU-Austritt ist ein historisches Alarmsignal. Das ist ein trauriger Tag. (...) Der Brexit war auch möglich, weil wir unser Europa nicht genug verändert haben.“

Der französische Präsident Emmanuel Macron am Freitag in einer kurzfristig angesetzten Ansprache an die Franzosen



„An die eine Million EU-Bürger, die so viel beitragen zu unserer Stadt: Ihr seid Londoner, ihr seid hier willkommen. Und das wird sich niemals ändern.“

Londons Bürgermeister Sadiq Khan hat den Europäern in seiner Stadt am letzten Tag Großbritanniens in der Europäischen Union seine Unterstützung zugesichert

HINTERGRUND

Brexit, und nun? Wie es in den nächsten Wochen weitergeht

BRÜSSEL/LONDON (dpa). Nach dem Brexit richtet sich der Blick nach vorn – sowohl Großbritannien als auch die EU sprechen von einer neuen Ära. Ganz praktisch liegt aber eine Menge Arbeit vor den frisch geschiedenen Partnern. Sie müssen bis Jahresende klären, wie sie künftig im Handel, in der Sicherheitspolitik und vielen anderen Politikfeldern zusammenarbeiten wollen. Die nächsten Schritte: **Ab dem 1. Februar**, also unmittelbar nach dem britischen EU-Austritt, gilt der Austrittsvertrag und damit eine Übergangsfrist bis 31. Dezember 2020, in der sich im Alltag fast nichts ändert. Ungeklärt ist die Zeit danach. **Am 3. Februar**, also an diesem Montag, will der britische Premier Boris Johnson seine Verhandlungslinie abstecken. Zugleich präsentiert EU-Chefunterhändler Michel Barnier, was er in den Gesprächen mit London erreichen will. Sein genaues Mandat bestimmen jedoch die 27 bleibenden EU-Staaten. **Am 25. Februar** sollen die EU-Europaminister diesen Verhandlungsauftrag beschließen. Erst dann kann Barnier offiziell loslegen.

Ende Februar oder Anfang März richtet sich der Blick nach vorn – sowohl Großbritannien als auch die EU sprechen von einer neuen Ära. Ganz praktisch liegt aber eine Menge Arbeit vor den frisch geschiedenen Partnern. Sie müssen bis Jahresende klären, wie sie künftig im Handel, in der Sicherheitspolitik und vielen anderen Politikfeldern zusammenarbeiten wollen. Die nächsten Schritte: **Bis 1. Juli** soll bereits ein Fischereiabkommen mit Großbritannien stehen, denn das brennt der EU besonders auf den Nägeln: Wie viel dürfen ihre Fischer noch in britischen Gewässern fangen? Ebenfalls **vor dem 1. Juli** müssen sich beide Seiten einigen, ob die Übergangsfrist um ein oder 2 Jahre oder gar nicht verlängert wird. Die EU-Seite ist dafür, weil die Verhandlungsfrist bis Jahresende sehr kurz ist. Johnson ist dagegen, weil Großbritannien noch länger sehr eng an die EU gebunden bliebe – und zwar ohne Mitspracherechte in Brüssel. Ohne Verlängerung muss aus EU-Sicht spätestens Anfang November ein Partnerschaftsabkommen stehen, damit die Ratifizierung noch vor dem Jahresende klappt.



EU-Freunde...



... und EU-Gegner am Freitag auf Londons Straßen.

Wehmut und Freude

BREXIT: Großbritannien seit heute kein EU-Mitglied mehr – EU gibt sich selbstkritisch und selbstbewusst

LONDON (APA/dpa/AFP). Trauer, Wut und auch Häme. Der letzte Tag der britischen EU-Mitgliedschaft nach fast 50 Jahren war am Freitag von starken Emotionen begleitet. Mehr als dreieinhalb Jahre nach dem Brexit-Referendum ist Großbritannien seit heute um Mitternacht kein Mitglied der EU mehr.

zu den harmloseren Rufen. Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron nannte den EU-Austritt ein „historisches Alarmzeichen“. „Das ist ein trauriger Tag“, sagte Macron am Freitagabend in einer kurzfristig angesetzten Ansprache an seine Mitbürger. Er forderte weitere Reformen für die EU. „Der Brexit war auch möglich, weil wir unser Europa nicht genug verändert haben“, sagte er. Kanzlerin Angela Merkel betonte den Wunsch nach einer engen Beziehung zu den Briten. „Das ist ein tiefer Einschnitt für uns alle“, sagte sie am Freitag.

den Wert des Projekts im Alltag sichtbar machen, sagte Michel. „Ich finde ganz wichtig: Europa muss liefern. Das ist eine Aufgabe, die ich mir selber stelle“, sagte von der Leyen im ZDF. Der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber, sieht nach dem Brexit die Existenz der EU als Ganzes auf dem Spiel. „Wenn der Brexit gefühlt ein Erfolg wird, dann ist er der Anfang vom Ende der EU“, sagte der CSU-Politiker der „Welt“ (Samstagsausgabe). Der Brexit dürfe nicht zum Stichwortgeber für EU-Skeptiker wie Marine Le Pen oder Viktor Orban werden.

netts in Sunderland am Freitag, wenige Stunden vor dem Brexit um Mitternacht. Die Regierung hatte nur Feiern ohne viel Pomp zum Zeitpunkt der historischen Zäsur um 23 Uhr Ortszeit angesetzt – ohne Geläut von Big Ben, nur mit britischen Flaggen am Parliament Square und einem projizierten Countdown am Regierungssitz. In der britischen EU-Vertretung in Brüssel wurde die Europafahne zu Büroschluss am Freitagnachmittag ohne Zeremonie heruntergeholt.

27 Neu-Abgeordnete im EU-Parlament

BRÜSSEL. Die Größe des EU-Parlaments verringert sich durch den Brexit von 751 auf 705 Abgeordnete. Nur zwei Drittel der 73 britischen Parlamentssitze fallen weg. Der Rest wird durch Abgeordnete der verbleibenden Mitgliedstaaten neu besetzt. Zum heutigen 1. Februar ziehen 27 neue Abgeordnete ins EU-Parlament ein. Sie waren schon im Mai 2019 gewählt worden, konnten ihr Mandat aber nicht antreten, weil der Brexit mehrfach verschoben wurde. Von der Neuverteilung der Parlamentssitze profitieren nun Mitgliedstaaten,



die nach ihrer Bevölkerungszahl bisher unterrepräsentiert waren. Das sind besonders Spanien und Frankreich, die jeweils 5 neue EU-Parlamentarier entsenden.

In Brüssel und den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten schwang zum Abschied viel Wehmut mit, doch auch in London herrschte kaum Feierlaune. Politiker auf beiden Seiten des Ärmelkanals betonten aber auch Zukunftschancen und die eigene Stärke. Im Regierungsviertel in London standen sich Demonstranten beider Seiten des Brexit-Streits unversöhnlich gegenüber. Gegner des EU-Austritts, die in einem weitgehend stummen Protestzug vom Regierungssitz Downing Street in Richtung Parlament zogen, wurden von Brexit-Befürwortern teils mit wüsten Beschimpfungen und Sprechchören empfangen. „Verräter“ und „Verlierer“ gehörten

„Wir gehen in diese Verhandlungen in dem Geist, dass alte Freunde einen neuen Anfang suchen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei einem gemeinsamen Auftritt mit EU-Ratspräsident Charles Michel und Parlamentspräsident David Sassoli. Die 3 EU-Präsidenten zeigten sich bei ihrem gemeinsamen Auftritt auch selbstkritisch – immerhin ist Großbritannien der erste EU-Staat der Geschichte, der die Staatengemeinschaft verlässt. Als Lehre aus dem Brexit werde sich die EU mehr um die Unterstützung durch ihre Bürger bemühen und

Großbritanniens Premier Boris Johnson betonte seinerseits die Chancen des Neuanfangs für sein Land. „Es ist ein Moment der echten nationalen Erneuerung und des Wandels“, erklärte er in einer Videobotschaft, die am Freitagabend veröffentlicht wurde. Seine Aufgabe sei es nun, das Land zu einen und voranzubringen. Johnson will mit der EU ein Freihandelsabkommen nach dem Vorbild Kanadas aushandeln. Das sagte Johnson einem Regierungssprecher zufolge bei einer Sondersitzung des Kabi-

netts in Sunderland am Freitag, wenige Stunden vor dem Brexit um Mitternacht. Die Regierung hatte nur Feiern ohne viel Pomp zum Zeitpunkt der historischen Zäsur um 23 Uhr Ortszeit angesetzt – ohne Geläut von Big Ben, nur mit britischen Flaggen am Parliament Square und einem projizierten Countdown am Regierungssitz. In der britischen EU-Vertretung in Brüssel wurde die Europafahne zu Büroschluss am Freitagnachmittag ohne Zeremonie heruntergeholt. Ausgelassen feierte dagegen der Chef der Brexit-Partei, Nigel Farage. Die Initiative „Leave means Leave“ hatte ein Fest vor dem Parlament organisiert, bei dem Union-Jack-Fahnen geschwenkt und die Nationalhymne „God save the Queen“ abgespielt werden sollte. Ein Feuerwerk wurde Farage allerdings untersagt. Die EU-Abgeordneten der Brexit-Partei feierten am Morgen ihren „Brexodus“ aus Brüssel; dabei sprach Ann Widdecombe von einem „Tag, an dem Großbritannien nach mehr als 40 Jahren wieder frei wird.“



EUROPA-SPLITTER

Ende gut, alles gut?

AUSTRITT: Ein Rückblick auf 47 Jahre Großbritannien im Europäischen Staatenverbund

Am 1. Jänner 1973 wurde Großbritannien Teil des Europäischen Integrationsprojektes. Nun ist damit Schluss: Das Vereinigte Königreich ist seit heute offiziell ein Drittstaat. Nach 565 Monaten als Teil der Europäischen Gemeinschaft (und dann der EU) geht die Inselmonarchie wieder ihren Sonderweg. Einfach war freilich die Partnerschaft nie – bereits der Beitritt gestaltete sich ambivalent.



Eine britische Fahne spiegelt sich in einer Straßenpfütze.

Am 19. September 1946 hielt Winston Churchill seine berühmte Rede an der Universität Zürich, in der er dem zerbombten Kontinent seine Zukunft aufzeigte. Er rief den Europäern zu „Let Europe arise“ und schlug die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa vor. Doch Großbritannien wollte er davon nicht mitumfasst wissen. Spätere Premierminister sahen das anders. Denn bald war klar, dass der Europäische Integrationsprozess enorme Energien freisetze und dem Kontinent Frieden und vor allem Wohlstand

brachte. 1957 wurde Harold Macmillan Premierminister. „If you can't beat them, join them“ schien die Devise: Wenn man Europa nicht wirtschaftlich das Wasser reichen kann, dann besser dabei sein. Doch die Franzosen unter General De Gaulle blockierten die Beitrittsgehüste aus dem Norden gleich 2-mal: 1963 und auch 1967. Erst als der General in Paris von Präsident Georges Pompidou abgelöst wurde, hatten die Briten eine Chance in

den Europäischen Club vorgelassen zu werden. Beim Beitrittsreferendum im Jahr 1975 waren satte zwei Drittel der Briten für den Beitritt. Die Daily Mail jubilierte, dass Großbritannien nun die hellste Zukunft vor sich habe. 41 Jahre später gab es wieder ein Referendum. An dem Junitag des Jahres 2016 waren es fast 52 Prozent, die für einen Wiederaustritt aus der EU stimmten. Die 3 Jahre seit dem Brexit-Referendum waren eine Achter-

bahnfahrt. Eine gestürzte Premierministerin, Machtkämpfe in den Parteien, Demonstrationen und Petitionen gegen den Austritt, Rufe nach einem neuen Referendum, mehrmaliges Verschieben des Austritts, geleakte Geheimdokumente zu dramatischen Folgen eines harten Brexit, die Verrohung des politischen Klimas, Lahmlegung des Parlaments. Unverständliche Wortschöpfungen oder absurde Politikersätze wie „Brexit means Brexit“ gehören ebenso zum Brexit-Universum wie widersprüchliche Spekulationen dazu, was der Brexit denn für das Königreich bedeuten werde.

Der Optionszeit in Südtirol nicht ganz unähnlich spaltete der Brexit nicht nur das Land, sondern die gesamte Gesellschaft. Quer durch die Familien. Am 11. April 2017 konnte man in dieser Rubrik lesen, dass in Sachen Brexit noch viele Steine aus dem Weg geräumt werden müssten. Über 60 Ausgaben dieser Kolonne später scheint der Weg aber immer noch steinig.

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Ist der Brexit nun erledigt?

Gabriel N. Toggenburg: Die Verhandlungen zum Verhältnis zwischen EU und Königreich beginnen ja erst jetzt. Was wir nun haben ist ein weicher Brexit mit Ablaufdatum.

„D“: Was meinen Sie?

Toggenburg: Gemäß dem Austrittsabkommen bleibt Großbritannien in der Zollunion bis zum Ende der Übergangsfrist. Wenn bei deren Ablauf kein Abkommen zur Zukunft der Beziehungen steht, wird der weiche Brexit doch noch hart. Die Übergangsfrist läuft bis Jahresende.

„D“: Was tun, um einen harten Brexit zu vermeiden?

Toggenburg: Laut Austrittsabkommen kann die Übergangsfrist um 1 oder 2 Jahre verlängert werden. So eine Entschei-

dung müsste aber vor dem 1. Juli getroffen werden.

„D“: Was kann man aus all dem Brexit-Drama lernen?

Toggenburg: Staaten können nicht jahrzehntelang die EU schlechtreuen und dann hoffen das öffentliche Klima in einigen Monaten wieder umdrehen zu können. Und es war wohl auch keine gute Idee, im EU-Vertrag den Staaten zu erlauben die EU zu verlassen ohne andererseits der EU die Möglichkeit zu geben, Staaten auszuschließen. Ein unglückliches Ungleichgewicht.

„D“: Welche Lehre könnte die Politik allgemein ziehen?

Toggenburg: Dass man Fragen von verfassungsrechtlicher Bedeutung nicht mit einfacher Mehrheit eines Volksentscheides fällt. Solche Grundfragen bedürfen einer satten qualifizierten Mehrheit in der Bevölkerung. Sonst spaltet man Gesellschaften in ihrer Mitte. Wie ein Holzschicht.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz